Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“ erscheint wochentägl. zweimal, Sonntags einmal. Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaufürsten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur z. Kreuzbd durch d. Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonniert man bei d. Haupt-Expedition, SW. 19, Jerusalemerstr. 46/47, sowie bei Filialen: Leipzigerstr. 103, Potsdamerstr. 33, Königgr. 5657, Prinzenstr. 41, Alt-Moabit 138, Schiffbauerdamm 1, Große Frankfurterstr. 33, Petersburgerstr. 2, Mittenwaldstr. 6, Gneisenaustr. 20, Ackerstr. 32, Wedding, Gerichtstr. 14, Schönberg, Zeniglstr. 12, Charlottenburg, Kantstr. 34, Rixdorf, Prinz Handjerystr. 83/84 Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis für das „Berliner Tageblatt“ u. „Handels-Zeitung“, sowie das Illustr. Wochenblatt „ULK“, die feuilleton. Montags-Ausg. „Zeitgeist“, die „Technische Rundschau“, der illustr. Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ und „Haus und Garten“ durch die Post bezog. vierteljährlich 4 M., Ausland exkl. Postaufschlag; für Berlin bei tägl. zweimal. Zustell. monatl. 2 M., vierteljährl. 6 M. Direkt unter Kreuzbd. vierteljährl.: Jährl. Ausland 18 M., jährl. Inland 14 M. Inseratenpreis 60 Pf. (General-Anzeiger 30 Pf.) pro Zeile. i. d. Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 46/47, sowie der Filialen: Leipzigerstr. 103, Ecke Friedrichstr., Potsdamerstr. 33, Königgrätzerstr. 56/57, Prinzenstr. 41, Alt-Moabit 138, Schiffbauerdamm 1, Gr. Frankfurterstr. 33, Charlottenburg, Kantstr. 34, Rixdorf, Pr. Handjerystr. 83/84 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 135. Berlin, Donnerstag, den 15. März 1906. XXXV. Jahrgang.

Hierzu die Illustrierte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ Nr. 21.

Das Programm des Kabinetts Sarrien

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ Paris, 14. März.

Die Sitzung beginnt um zwei Uhr, die Tribünen sind dicht gefüllt, fast alle Deputierten befinden sich auf ihren Bänken. Der erste Minister, der den Saal betritt, ist Clemenceau, der seit 1893 nicht im Palais Bourbon war. Als er mit seinem runden blanken Schädel, seinem exotischen, asiatisch gelben Gesicht und seiner gebrungenen Erscheinung am Eingang des Saales auftaucht, begeben sich zahlreiche Deputierte zu ihm und schütteln ihm die Hand. Clemenceau nimmt Platz neben Sarrien, dahinter sitzen Poincaré, Briand, Thomson Barthou und Leygues, während Bourgeois und die anderen Minister sich im Senat befinden.

Der Kammerpräsident Doumer eröffnet die Sitzung und verliest eine längere Danksagung an die Adresse derjenigen fremden Parlamente, die aus Anlaß der Katastrophe von Courrieres dem französischen Parlament ihr Beileid ausgesprochen haben. Der alte republikanische Schreier Baudry d'Asson ruft: „Es lebe Clemenceau, es lebe die Freiheit, nieder die Inventaraufnahmen!“, was große Heiterkeit erweckt. Dann besteigt Sarrien die Tribüne und verliest die Antrittserklärung des Kabinetts. Er liest ziemlich leise und wird mehrfach von Rufen „Lauter!“ unterbrochen.

Die Regierungserklärung

lautet wie folgt:

Das Kabinett ist sich der gegenwärtigen Schwierigkeiten und der Pflichten voll bewußt, welche ihm das Vertrauen des Präsidenten der Republik und seine Verantwortlichkeit gegenüber dem Parlament und dem Lande auferlegen. Die Minister haben sich über ein gemeinsames Programm geeinigt, welches allein diktiert ist durch die Sorge für die großen Interessen der Nation und durch den festen Wunsch, die Einigung der Republikaner herbeizuführen, um den Versuchen von Spaltungen entgegenzutreten, um Ruhe und Frieden wiederherzustellen und um eine loyale Befragung des Landes durch das allgemeine Wahlrecht, die in wenigen Wochen bevorsteht, herbeizuführen.

Die erste Aufgabe des Parlaments ist die möglichst schnelle Erledigung des Budgets und die Bewilligung der für den Gang der öffentlichen Dienste unentbehrlichen Mittel. Wir hoffen, daß Sie in dieser Hinsicht auf unseren Appell hören werden, denn niemand wird vor der öffentlichen Meinung die Verantwortlichkeit dafür übernehmen wollen, die Bewilligung des Budgets auf die Gefahr hin verhindert zu haben, daß dadurch selbst das Werk der nächsten Legislaturperiode gefährdet werden könnte.

Die Regierung ist entschlossen, die seit der Gründung der Republik erreichten Errungenschaften auf dem Gebiete der Verweltlichung des Staates zu schützen. Das Gesetz über die Trennung von Kirche und Staat hat bei der Ausführung der Bestimmung betreffend die Inventaraufnahmen einen ebenso unerwarteten wie unberechtigten Widerstand gefunden. Unter uns ist kein einziger, der in irgendeiner Weise die Freiheit des Glaubens und der Kulte antasten möchte. Das Gesetz wird in demselben liberalen Geiste angewendet werden, in welchem es vom Parlament beschlossen ist. Der Umstand, daß der Berichterstatter über die Reform selbst Mitglied des Kabinetts ist, bietet die sichere Gewähr für unsere Absichten. Aber wir haben auch die Pflicht, im ganzen Umfange des Gesetzes die Durchführung aller Gesetze sicherzustellen. Unter einer republikanischen Regierung ist das Gesetz der höchste Ausdruck der nationalen Souveränität, es muß daher überall geachtet, es muß ihm überall Gehorsam geleistet werden. Die Regierung beabsichtigt, mit aller notwendigen Umsicht, aber auch mit unbeugsamer Festigkeit die neuen gesetzlichen Bestimmungen durchzuführen, deren Charakter einige Parteien der Opposition vergeblich in ihr Gegenteil zu verkehren gesucht haben. Wir sind überzeugt, daß der gute Sinn des Volkes schnell über die falschen und interessierten Unterstellungen Gericht halten wird, mit Hilfe derer man den Geist und die Tragweite des Trennungsgesetzes zu entstellen versucht. Die Regierung wird auf alle Fälle dem Ursprung und der Verantwortlichkeit dieser politischen Agitation nachforschen. Sie wird alle Mittel, welche die Gesetze ihr zur Verfügung stellen, gebrauchen, um ihr ein Ende zu machen.

Wir sind entschlossen, den Beamten alle notwendigen Garantien gegen Willkür und Günstlingswesen zu geben. Wir vertrauen auf ihre Ergebenheit, uns dabei zu helfen, durch Achtung vor dem Gesetz und der Disziplin den regelmäßigen Gang der öffentlichen Dienste sicherzustellen. Die Regierung wird keine an Soldaten gerichtete Herausforderungen dulden, die bezwecken, dieselben von ihren Pflichten gegen das Vaterland und von dem Gehorsam gegen ihre Vorgesetzten abwendig zu machen. Sie wird den allen Offizieren und Soldaten eine gleiche Achtung vor den militärischen Vorschriften und den republikanischen Gesetzen verlangen. Das Heer weiß, welche lebhafte Fürsorge das Parlament für dasselbe hegt. Wir werden nicht aufhören, die Stärke unserer nationalen Verteidigung dadurch zu vermehren, daß wir die Bande gegenseitigen Vertrauens, die die Armee und die Nation eng umfassen, noch enger gestalten.

Es ist in dem jetzigen Augenblick, wo wir vor Sie getreten sind, unmöglich, ein langes Programm vor Ihnen zu entwickeln; Sie müssen aus der Art und Weise, wie die Regierung zusammengesetzt ist, ersehen, daß die Regierung den Interessen der Demokratie aufs tiefste ergeben ist. Auf finanziellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiete wird die Regierung bestrebt sein, alle Reformen, die verwirklicht werden können, auszuführen, und besonders wird sie es sich angelegen sein lassen, dem Senat die Frage der Arbeiterversicherung zu unterbreiten. Die Regierung wird den Senat ersuchen, diese Frage mit all der Sorgfalt zu prüfen, die sie verdient. Nicht weniger wird die Regierung bestrebt sein, der ackerbautreibenden Bevölkerung, die in gewissen Gegenden so harten Prüfungen ausgesetzt ist, zu Hilfe zu kommen.

Bezüglich der schmerzlichen Katastrophe von Courrieres haben wir die Pflicht, unparteiisch ihre Ursachen zu suchen und festzustellen, wen die Verantwortlichkeit dafür trifft; wir müssen unsere Aufmerksamkeit scharf auf die Umstände lenken, unter denen die Arbeit vor sich geht, und auf die Mittel, durch welche die Wiederkehr so schrecklicher Unglücksfälle verhindert werden kann.

Was die auswärtige Politik anlangt, so beabsichtigen wir, besonders in den Fragen, die unsere Lage in Nordafrika berühren, die von unseren Vorgängern befolgte Politik fortzusetzen, die noch kürzlich die Zustimmung des Parlaments gefunden hat. Im vollen Bewußtsein der Rechte und der Lebensinteressen, die unsere Diplomatie zu wahren die Pflicht hat, sind wir überzeugt, daß die Ausübung dieser Rechte und die normale Entwickelung dieser Interessen gesichert werden können, ohne diejenigen irgendeiner anderen Macht zu schädigen. Wie unsere Vorgänger, denen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen uns am Herzen liegt, haben wir die Hoffnung, daß die Aufrichtigkeit und die Würde dieser Haltung die nahe und endgültige Regelung der schwebenden Schwierigkeiten gestatten werden. Treu einem Bündnisse, dessen wohltätige Wirkung Frankreich und Rußland in gleicher Weise erfahren haben, und treu den Freundschaften, deren Sicherheit und Wert wir ebenfalls haben ermessen können, hat Frankreich in der Welt eine Stellung, die den Geist der Gerechtigkeit und des Friedens noch mehr festigt, mit dem es die verschiedenen, durch die Macht der Dinge der Nation gestellten Probleme ins Auge faßt. Dieser Geist wird fortdauernd auch der unsrige sein, und deshalb werden wir mit Vertrauen eine Politik weiter befolgen, die in unseren Augen in gleicher Weise der Sache unseres Vaterlandes und der des Weltfriedens dient. Die öffentliche Meinung hat bereits die Gesinnung gegenseitigen Vertrauens und aufrichtiger Eintracht verstanden, welche die Republikaner, die hier vor ihnen stehen, einander genähert hat. Wir sind sicher, daß alle guten Bürger sich unserem Gedanken anschließen und unserem Appell folgen werden.

Als Sarrien von der Einigung der Republikaner spricht, und als er den Widerstand gegen die Inventaraufnahmen ungerechtfertigt nennt, applaudiert die Linke. Der Beifall steigert sich, als die ministerielle Erklärung besagt, die Regierung werde das Gesetz mit Festigkeit ausführen und gegen die wahren Urheber der Kirchentumulte mit allen Mitteln vorgehen. Von der Rechten wird gerufen: „Versuchen Sie es einmal!“ Die Sätze über die auswärtige Politik werden schweigend angehört. Sie bringen keine große Ueberraschung und sind ziemlich vorsichtig und behutsam gehalten. Als Sarrien die Worte liest „getreu der Allianz mit Rußland“, ruft der Nationalist Ferette, auf Clemenceaus antizaristische Artikel anspielend: „Hat Clemenceau das gesagt?“ (Heiterkeit rechts.). Am Schlusse der ministeriellen Erklärung kommt von der Linken lebhafter, aber nicht enthusiastischer Beifall. Zentrum und Rechte schweigen. Allgemein fällt auf, daß die Erklärung der schwierigen Frage des Syndikatsrechtes der Beamten nicht erwähnt wird. Doumer kündigt an, daß Flandin die Regierung über die allgemeine Politik interpellieren wolle.

Flandin (Progressist) führt mit monotoner Stimme aus, die Regierung müsse erklären, daß sie das Gesetz über die Trennung der Kirche vom Staat taktvoll anwenden werde, und müsse sich über ihre Stellung in der Syndikatsfrage äußern. Flandin zitiert Rouviers Worte, keine Regierung könne, ohne Selbstmord zu begehen, den Staatsbeamten das Syndikatsrecht und das Streikrecht zugestehen und ähnliche Worte des heutigen Arbeitsministers Barthou. Flandin wünscht ferner eine Versicherung, daß die Regierung sich aller Wahlbeeinflussungen enthalten und die antimilitaristische Agitation nicht dulden werde. (Beifall im Zentrum.)

Nachdem noch der Sozialist Basly eine Untersuchung über die Katastrophe von Courrieres gefordert hat, besteigt Sarrien wieder die Tribüne. „Ich werde“, beginnt er, „die an uns gerichteten Fragen klar beantworten. Die Minister haben die Pflicht, Ratgeber und Leiter der republikanischen Majorität zu sein. (Gelächter rechts, Beifall links.) Drei Punkte.... (Stürmische Heiterkeit, weil drei Punkte die Abzeichen der Freimaurer sind.) Ich bin nicht Freimaurer. (Zurufe und Gelächter.) Drei Punkte hat Herr Flandin besonders berührt. Er hat uns gesagt, welches unsere Haltung in der Inventarfrage sein würde. Wir suchen keine blutigen Konflikte, aber wir haben gesagt, daß wir alle Verletzungen des Gesetzes bestrafen werden.“ (Lebhafter Beifall links.) Sarrien verliest eine Depesche des Präfekten des Departements Ile et Vilaine, der Ausschreitungen der klerikalen Bauern gegen manövrierende Soldaten (Vergleiche die Parlamentsausgabe. Red.) meldet. „Wir wollen“, fährt er fort, „Ruhe und Frieden wieder herstellen. (Gelächter rechts; Rufe: „Dann gehen Sie fort!“) Wir fordern dazu den Beistand der republikanischen Majorität. (Beifall links und Lärm.) Die Frage, die die Syndikate betrifft, ist durch Gesetz geregelt, es gestattet die Syndikate der Beamten nicht. (Zuruf bei den Sozialisten: „Es verbietet sie auch nicht!“) Wir lehnen es nicht ab, eventuell das Gesetz zu prüfen, aber die Frage muß vorsichtig behandelt werden.“ (Gelächter und Unruhe bei den Sozialisten.)

Coutant protestiert, seine Freunde halten ihn zurück. Coutant ruft ihnen zu: „Ich pfeife auf alle Minister! Es ist immer die gleiche Geschichte!“

Sarrien: „Solange das Gesetz existiert, werden wir seine Befolgung sichern.“ (Bewegung.) Sarrien sagt weiter, die Regierung werde die volle Wahlfreiheit zu schützen wissen, und schließt mit den Worten: „Die Mitglieder des Kabinetts sind energische Republikaner. Wenn die republikanische Majorität uns nicht ihr Vertrauen ausspricht, werden wir nicht eine Minute im Amte bleiben.“ (Beifall links.) Der Konservative Rouland: „Warum sagen Sie nichts von den Antimilitaristen?“ Sarrien: „Alle Aufreizungen zum Ungehorsam werden streng bestraft werden. Das ganze Ministerium ist darüber einig. Wir ließen mehr als irgend jemand unser Vaterland.“ (Lebhafter Beifall auf den meisten Bänken.)

Es sprechen nacheinander der Sozialist Vaillant, der Nationalist Massabuau, der Sozialist Zevaes und der Konservative des Fontaines. Die ziemlich lederne Debatte wird erst interessanter, als der Sozialist Sembat die Regierung abfragen zwingen will, in der Syndikatsfrage deutlicher Stellung zu nehmen. Sembat verlangt eine unzweideutige Erklärung, daß die Regierung bis zur Aenderung des Gesetzes diejenigen Staatsbeamten, die Syndikaten angehören, nicht aus der Verwaltung ausschließen werde. Sarrien antwortet nur immer wieder, die Regierung werde den status quo beibehalten, was die äußerste Linke nicht befriedigt. Barthou eilt Sarrien zu Hilfe und erklärt, die Beamten könnten auf sein Wohlwollen rechnen. Aber auch das genügt den Sozialisten nicht. Ribot, der sich allmählich zum Ministerstürzer ausbildet und den Zwiespalt zwischen Kabinett und Sozialisten erkennt, sucht nun von dieser Situation zu profitieren und ergreift das Wort. Auch er vermißt die nötige Klarheit; was verstehe die Regierung unter dem status quo? Die vorige Regierung habe erklärt, keine Regierung könne das Syndikatsrecht der Beamten zugeben. Werde die jetzige Regierung die Beamten, die das Gesetz verletzen, bestrafen? Sarrien erwidert: „Ja!“ (Bewegung.) Ribot (zu dem sozialistischen Unterrichtsminister Briand): „Ich hoffe, diese Erklärung betrifft alle Beamten, nicht wahr, Herr Briand? Also auch die Lehrer.“

Briand erhebt sich, er spricht mit glänzendem Talent und macht, so unentschieden auch seine Worte sind, großen Eindruck. Briand: „Ich erkläre, daß ich die Form, in der Herr Ribot ein Vorgehen gegen die Lehrer gefordert hat, nicht akzeptiere. (Stürmischer Beifall links.) Die Regierung hat Vertrauen zu den Lehrern und ist überzeugt, daß sie sie nicht zu bestrafen braucht. (Erneuter stürmischer Beifall.) Wir haben die heutige Situation nicht geschaffen. Herr Ribot hat mit seiner Frage nicht die Lehrer, sondern mich treffen wollen. Ich werde Ihnen sofort volle Klarheit über mich geben. Die Worte, die Herr Flandin über mich gesagt hat, ehren mich, denn sie beweisen, daß er mich nicht für fähig hält, aus Ehrgeiz und Machthunger meine Vergangenheit zu verleugnen. (Stürmischer Beifall links.) Ich habe meine jetzigen Kollegen gebeten, einen anderen Minister zu suchen, denn ich fürchtete, meine Gegenwart könnte Sie genieren. Ich opfere keine meiner Ideen, habe aber auch nicht die Absicht, dem ganzen Kabinett meine Ueberzeugung aufzuzwingen. Ich habe dieses Amt übernommen, weil die Umstände ernst sind und ich die Verantwortung nicht fliehe. (Stürmischer Beifall links.) Meine Kollegen haben keine demütigende Konzession von mir verlangt, aber erwarten Sie (zu Ribot) von mir keine Bedrohung und Einschüchterung der Lehrer.“ (Anhaltender, stürmischer Beifall links.)

Ribot, den Briands Erfolg ersichtlich aus der Stimmung gebracht hat, wendet sich nun der Frage der Kircheninventare zu. Er sagt, es sei ein enormer Fehler gewesen, um einer einfachen Formalität willen die bewaffnete Macht aufzubieten. (Lebhafter Beifall im Zentrum und rechts.) Die Regierung erkläre, das Gesetz müsse geachtet werden. Das sei richtig, aber man dürfe nicht um einen kleinen Ehrenpunkt die Republik zerstören. (Lärm und Gelächter links.) Ribot (zu Clemenceau): „Ich beschwöre Sie, nicht der blinden Eigenliebe zu weichen, die die Regierungen zum Abgrunde treibt. Veranstalten Sie soviel Enqueten über die Urheber der Tumulte, wie Sie wollen, aber vergießen Sie kein Blut! (Stürmischer Beifall im Zentrum und rechts.) Man muß Zeit gewinnen und die Bevölkerung sich beruhigen lassen. Falls Sie uns die absolute Versicherung geben, daß die Inventaraufnahme unterbrochen und kein Blut mehr fließen wird, werden wir für Sie stimmen.“ Ribot endet seine sehr larmoyante Rede mit der Erklärung: Wenn die Regierung diese Versicherung nicht gebe, werde er an das Land appellieren. Rechte und Zentrum schreien nun: „Clemenceau! Clemenceau!“ und wollen Clemenceau zum Reden zwingen. Statt des Ministers des Innern steht wieder Sarrien auf und sagt: „Die Regierung will ebensowenig Blut vergießen wie Herr Ribot. Sie wird aber vor dem Widerstande nicht zurückweichen.“ (Lebhafter Beifall links.)

Doumer kündigt an, daß mehrere Tagesordnungen eingegangen sind. Die Priorität der von der Regierung akzeptierten Tagesordnung Mougeot-Conybat, die der Regierung das Vertrauen der Kammer ausspricht, wird mit 307 gegen 230 Stimmen votiert und die Tagesordnung selber dann mit 305 gegen 197 Stimmen angenommen.

* * *

Paris, 14. März. (W. T. B.) In dem heute unter dem Vorsitz des Präsidenten Fallieres stattgehabten Ministerrat teilte Ministerpräsident Sarrien die Regierungserklärung mit, welche er am Nachmittag in der Kammer und Leon Bourgeois im Senat verlas. Die Erklärung wurde einstimmig genehmigt. Der Minister des Aeußeren Bourgeois erstattete über die diplomatische Lage auf der Konferenz von Algeciras Bericht, der Minister des Inneren Clemenceau brachte eine Depesche des Präfekten des Departements Ile-et-Vilaine zur Kenntnis, derzufolge in der Gemeinde Janson, wo vor drei Tagen ohne Mitwirkung von Militär eine Kircheninventaraufnahme versucht wurde, zweihundert mit Knüppeln und Hengebeilen bewaffnete Bauern eine Truppenabteilung, von vierzig Mann, welche unter dem Befehl eines Rittmeisters und eines Leutnants auf der Straße manövrierte, mit Pflastersteinen und Ziegeln bewarfen. Der Rittmeister, der Leutnant und zehn Soldaten wurden verletzt. Der Regimentswagen wurde zertrümmert, die Abteilung mußte sich schleunigst zurückziehen. Der Justizminister ordnete eine strafrechtliche